

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 48, 14. November 2011

Steinmeier: Merkels Krisenpolitik geht unzumutbar für ein gemeinsames Europa!

Vergangenen Freitag gab es im Bundestag eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat, der am 9. Dezember zusammenkommt. Die Bundeskanzlerin sprach viel von Vertrauen und Maßnahmen, die nun auf europäischer Ebene beschlossen würden und davon, dass sie Euro-Bonds nach wie vor ablehnt. In seiner Rede analysierte Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, die großen Worte Merkels als das, was sie sind: haltlose Behauptungen. „Seit Monaten versprechen Sie tragfähige Lösungen, aber noch nie kam etwas dabei herum. Nach jedem Ratstreffen sagen Sie, nun komme der große Wurf – passiert ist wenig“, sagte Steinmeier vor dem Parlament.

Niemand werfe Merkel vor, dass es die Krise gebe, aber „wie Sie damit umgehen, das geht auf keine Kuhhaut!“ Die Menschen, die Industrie – alle hätten das Gefühl, das Endspiel um den Euro sei angebrochen. Und Merkels Taktiererei habe dazu beigetragen, dass die Ängste der Menschen und Institutionen so groß seien. „Das gefährdet die Stabilität Europas“. Steinmeier stellte klar: „Sie, Frau Merkel, haben noch jede Bastion geräumt, die zuvor als unantastbar galt“. Wie solle da Vertrauen entstehen?

Als Beispiel führte Steinmeier gemeinsame europäische Anleihen an. Merkel lehne Euro-Bonds apodiktisch ab, doch plötzlich geisterte das Wort Elite-Bonds durch die Presse. FDP-Chef Brüderle habe sich da besonders hervorgetan: „Morgens waren Sie für Elite-Bonds, abends dagegen“, spottete Steinmeier. Am schlimmsten aber sei die Äußerung von FDP-Generalsekretär Lindner gewesen, der gesagt habe, seine Partei sei gegen alle Bonds, auch gegen James Bond. „Wer so daherredet, der hat die Krise nicht begriffen, so kann das nicht weitergehen“, mahnte Steinmeier. Das beschädige die Politik.

Europa könne sich nur gemeinsam aus der Krise kämpfen, doch Angela Merkel hintertreibe das immer wieder durch „penetrante, doppelzüngige Schulmeisterei“ gegenüber anderen europäischen Partnerländern. Unter Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl sei es immer Usus gewesen, die kleinen Länder in der EU zu überzeugen, mitzunehmen; nun werde hochmütig verordnet. „Wer aber Lehrmeister sein will, der muss zumindest das eigene Haus in Ordnung halten“, sagte Steinmeier mit Blick auf die wirren Steuersenkungspläne und das zynische Betreuungsgeld der Bundesregierung. Das Ausland registriere das sehr genau.

Er wies darauf hin, dass Merkel noch vor einem Jahr die Pläne des EU-Kommissionspräsidenten Barroso nach mehr Haushaltskontrolle der Mitgliedstaaten bei zu hohen Defiziten negiert habe. „Jetzt stehen Sie hier, Frau Bundeskanzlerin und rufen: Haltet den Dieb! Das ist nicht Politik, das ist Schauspielerlei.“

Gleichstellung: Quote in Aufsichtsräten und Vorständen unverzichtbar

Die SPD-Bundestagsfraktion hält eine Mindestquote von 40 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen für unverzichtbar. Die Zeit der Freiwilligkeit ist vorbei. Wer es mit der Frauenförderung ernst meint, der und die ist für eine gesetzliche Regelung. Denn die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass sich freiwillig nichts bewegt. Offensichtlich nicht ernst meint es die Bundesregierung. Die Uneinigkeit in den eigenen Reihen findet kein Ende. Bundesarbeitsministerin von der Leyen ist für eine gesetzliche Quote von 30 Prozent in Aufsichtsräten. Bundesfrauenministerin Schröder setzt mit ihrer Flexi-Quote weiterhin auf den guten Willen der Unternehmen. Die FDP-Minister, ebenso wie die Kanzlerin, lehnen eine Quote gänzlich ab. Da bleibt zu befürchten, dass sich am Ende rein gar nichts tut für die vielen gut ausgebildeten Frauen in unserem Land. Das wurde auch auf dem zweiten Quoten-Gipfel mit Vertreterinnen und Vertretern der DAX-30 Unternehmen im Oktober dieses Jahres deutlich: Zielvorgaben mal ja, mal nein; mal zwölf Prozent, mal 30 Prozent; mal deutschlandweit, mal weltweit – von Aufsichtsräten und Vorständen jedoch keine Spur. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit einem Antrag klar positioniert (**BT-Drs. 17/4683, angefügt**): Ohne eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent sowohl in den Aufsichtsräten als auch in den Vorständen und entsprechenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen passiert nichts. Eine Mindestquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände muss kommen.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

Generation ohne AIDS: Mutter-Kind Übertragung bis 2015 stoppen

Anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember erklärte Karin Roth: „390.000 Kinder werden jährlich weltweit mit HIV infiziert. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO werden 20 bis 45 Prozent der Kinder von HIV-positiven Müttern infiziert, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Über 90 Prozent werden während der Geburt oder durch das Stillen von der Mutter angesteckt.

Um die Mutter-Kind Übertragung des HI-Virus bis 2015 zu stoppen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, nicht nur die 200 Millionen Euro zugesagter Mittel für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) im Jahr 2012 auszus zahlen, sondern zusätzlich 200 Millionen Euro pro Jahr dem GFATM zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollte sich die Bundesregierung der Initiative von US-Außenministerin Hillary Clinton für eine "Generation ohne AIDS" anschließen und verstärkt für einen Schutz der Kinder sorgen. In den entwickelten Staaten, wie zum Beispiel Deutschland, liegt das Risiko der Mutter-Kind Übertragung bei unter zwei Prozent. Und dies Dank intensiver Vor- und Nachsorge, die in vielen wirtschaftlich armen Ländern, insbesondere in Afrika, nicht zur Verfügung steht. Das Ziel, das sich die Weltgemeinschaft auf dem Sondergipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2001 setzte, mindestens 80 Prozent der HIV-infizierten Schwangeren in den Entwicklungsländern sollen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, konnte bisher nur in Botswana, Namibia, Swasiland und Südafrika erreicht werden. Um eine Mutter-Kind Übertragung deutlich zu verringern, gibt es mehrere Grundvoraussetzungen. Dazu zählen der verbesserte Zugang zu Tests und Diagnose für Mütter und Kinder, die Aufklärung und der Zugang zu Medikamenten sowohl für Mütter als auch für Kinder. Der beste Schutz für Kinder wäre sicherlich, dass sich keine Frau mit HIV infiziert. Aber so lange dies noch nicht erreicht ist, gilt es, den Kindern den bestmöglichen Schutz vor der Übertragung durch die Mutter zu gewährleisten. Die Bundesregierung muss ein Signal setzen, dass sie den Kampf gegen HIV/AIDS ernst meint und die Zusagen der Kanzlerin auf allen internationalen Foren keine leeren Phrasen sind. Deutschland muss seinen Teil zu den rund eine Milliarde Euro jährlich beitragen, die zusätzlich notwendig sind, um die Mutter-Kind Übertragung bis 2015 zu stoppen.“



Gegen AIDS: Karin Roth (2. von links) mit Kolleginnen aus dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

UN-Behindertenrechtskonvention in Entwicklungsländern umsetzen

Anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen am 03. Dezember 2011 erklärte Karin Roth: „80% aller Menschen mit Behinderung leben in Entwicklungsländern. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank ergeben, dass 20% in absoluter Armut lebenden Menschen auch von Behinderungen betroffen sind. Weltweit erfahren Menschen mit Behinderungen gravierende Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und sind häufig von sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen in ihren Gesellschaften ausgeschlossen. Schätzungen zufolge leben über eine Milliarde mit einer Behinderung. Das sind über 15% der Weltbevölkerung. Menschen mit Behinderungen sollen, wie alle anderen auch, an allen Lebensbereichen ohne Diskriminierung in einer Gesellschaft teilhaben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung dazu auf, die Belange von Menschen mit Behinderungen stärker in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit zu stellen. Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion ist ein wichtiger Meilenstein hierfür. Die Bundesregierung soll eine thematische Zielgröße für Menschen mit Behinderungen benennen und zunächst mindestens mit 35 Millionen unterstützen. Bisher existiert kein wirksames Monitoring über Anzahl und Fördervolumina für Projekte und Vorhaben für Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Der inklusive Ansatz ist weder in der Humanitären Hilfe noch in der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe verankert. Die SPD-Bundestagsfraktion will dies ändern. Gerade in humanitären Notlagen sind Menschen mit Behinderungen besonders gefährdet, von notwendigen Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen zu werden. Das Risiko in Armut zu verfallen ist für Menschen mit Behinderungen sehr hoch. Häufig mangelt es Menschen mit Behinderungen an angemessener Schulausbildung und Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit. Sie sind sozial schlechter abgesichert als andere. Frauen und Kinder sind davon besonders betroffen.